



Wenn Jungen und Mädchen in privaten Einrichtungen lernen, entstehen dem Staat weniger Kosten.

BILD: OPA

Bildung: Schüler, Eltern und Lehrer wollen heute in Stuttgart für mehr Unterstützung demonstrieren

Freie Schulen machen mobil

Von unseren Redaktionsmitgliedern
Joachim Rück und Simone Kib-Epp

STUTTGART/MANNHEIM. Tausende Schüler, Eltern und Lehrer von Privatschulen wollen heute in Stuttgart gegen die Förderpolitik des Landes demonstrieren. Sie pochen auf das Einhalten einer Zusage von Ministerpräsident Günther Oettinger, die Landesfördermittel bis 2011 schrittweise auf 80 Prozent anzuheben. „Der Haushaltsentwurf zeigt, dass die Landesregierung dieses Ziel nicht erreichen wird“, sagte gestern Thomas Weinmann von der Arbeitsgemeinschaft freier Schulen (AGFS). Derzeit würden im Schnitt knapp über 70 Prozent der Kosten gedeckt.

„Das Privatschulwesen insgesamt ist in Gefahr“, so Weinmann. Die Schulen hätten momentan nur die Wahl, den Klassenteiler hochzusetzen oder die in den vergangenen Jahren angestiegenen Elternbeiträge deutlich zu erhöhen. Sinke aber der Deckungsgrad durch die steigenden Kosten weiter, stünden Schulen auf der Kippe. Derzeit bekommen private Grundschulen 64 Prozent, Hauptschulen 62,5 Prozent, Realschulen

Schulen in nicht staatlicher Trägerschaft

■ In Baden-Württemberg gibt es gut **650 Privatschulen** mit mehr als 136 000 Schülern (Stand Schuljahr 2008/09). Darunter sind 357 allgemeinbildende Schulen. Insgesamt drücken im Südwesten über 1,5 Millionen Kinder und Jugendliche die Schulbank.

■ Zu den Schulen in freier Trägerschaft zählen auch die etwa **500 Ergänzungsschulen**, zu denen es

keine staatliche Entsprechung gibt und die keine Regelzuschüsse erhalten.

■ Die größten Träger privater Schulen sind die **katholische und die evangelische Kirche**, gefolgt von den Freien Waldorfschulen.

■ 2009 bekamen Privatschulen insgesamt **595 Millionen Euro** Zuschüsse vom Land.

Prozent der Kosten erstattet. Für drei Millionen Euro will die Landesregierung im Jahr 2010 die Quote auf zumindest 70 Prozent erhöhen. Die Summe sei „im Vergleich zu zwei Millionen Euro Mehrausgaben für Öffentlichkeitsarbeit zur Bildungsoffensive ein Schlag ins Gesicht“, sagte Weinmann. Die Steigerung auf 80 Prozent würde etwa 47 Millionen Euro kosten.

■ Kultusminister Helmut Rau (CDU) wies die Vorwürfe zurück, die Landesregierung halte ihr Versprechen nicht. „Die Zuschüsse für die

Jahren kontinuierlich erhöht worden“ – 2009 um etwa 35 auf 595 Millionen Euro. In der Koalitionsvereinbarung stehe nur, dass bei sinkenden Schülerzahlen die Zuschüsse auf dem damaligen Niveau gehalten werden sollen. „Unter dieser Prämisse stand die Absicht, den Kostendeckungsgrad auf 80 Prozent zu erhöhen.“

Auch Schüler, Eltern, Lehrer und Schulleiter aus Mannheim wollen sich heute in Stuttgart gegen die „Unterfinanzierung“ wehren. Man denke in der Politik offensichtlich

che“, wenn es um Schulen in nicht staatlicher Trägerschaft gehe, klagt Reinhard Braun, Geschäftsführer der Freien Waldorfschule. Die staatlichen Zuschüsse seien pro Schüler mittlerweile auf unter 70 Prozent gesunken, damit liege Baden-Württemberg hinter Hessen und Rheinland-Pfalz. „Wir müssen nun damit beginnen, unsere Rücklagen, die für die Gebäudeinstandhaltung gebildet wurden, für den laufenden Schulbetrieb zu verwenden“, beschwert sich der Geschäftsführer.

Auch Brigitte Grimm, Direktorin des Ursulinen-Gymnasiums, das sich in Trägerschaft der Erzdiözese Freiburg befindet, führt heute mit einer kleinen Abordnung ihrer Schule nach Stuttgart, um zu demonstrieren. Dass die freien Schulen in Mannheim – im Gegensatz zu anderen Kommunen – nichts vom Konjunkturpaket abbekommen haben, ärgert sie besonders: „Wir sind dafür bestraft worden, dass wir schon vorher investiert haben.“ Dabei vollbringe man eine Dienstleistung. „Wir kosten die Stadt nichts. Wenn es uns aber nicht geben würde, müsste die Verwaltung ein weiteres